

Kapitel 1 Der Ukraine-Krieg als Folge geopolitischer Rivalität?

Joris Van Bladel¹

Abstract: Der russisch-ukrainische Konflikt entstand nicht aus einem geostrategischen Vakuum. Die Geografie sowie die bewegte Geschichte Europas haben die mittel- und osteuropäischen Staaten zu vollständigen Bestandteilen des Alten Kontinents gemacht. Deshalb sind seit den revolutionären Ereignissen von 1989–1991 die traditionellen westlichen Mächte und Russland genaue Beobachter und zentrale Akteure in Bezug auf das Schicksal Mittel- und Osteuropas. Putins Einmarsch in die Ukraine kann als eine Art Höhepunkt angesehen werden, anhand dessen er die russische Antwort auf die Emanzipation der mittel- und osteuropäischen Staaten materialisiert. Ohne die verheerende Verantwortung des Kremls für die aktuelle Situation herunterzuspielen, bleibt jedoch die Frage, ob die westeuropäischen Staaten gegenwärtig mit den Entscheidungen konfrontiert werden, die sie in jener Zeit trafen (oder nicht getroffen haben), und inwieweit sie die Konsequenzen ihrer Entscheidungen berücksichtigen.

Schlüsselwörter: Ende des Kalten Kriegs, Zerfall der Sowjetunion, mittel- und osteuropäische Staaten, NATO-Erweiterung, russisch-ukrainischer Krieg, Geopolitik

*„Es ist in all diesen Jahren nicht gelungen,
den Kalten Krieg zu beenden.“
Angela Merkel, 7. Juni 2022*

1. Einleitung

Der 24. Februar 2022 markiert einen Bruch in der europäischen Geschichte. Die Dimensionen, Auswirkungen und Folgen der Entscheidung des

1 Überarbeitung der deutschen Fassung in Zusammenarbeit mit Chantal Dupradeau-Schwenger

Kremls, in die Ukraine einzumarschieren, sind so bedeutsam, dass sie auf eine historische Zäsur hindeuten. Damit ist die Ära des Kalten Kriegs, die am 9. November 1989 in Berlin begann, endgültig zu Ende. Mit der Entscheidung der russischen Führung, ihr Militär gegen die Ukraine zu richten, den westlichen Staaten mit einem Atomkrieg zu drohen und Energie und Lebensmittel als Waffe gegen die Welt einzusetzen, ist eine neue Phase in der neuzeitlichen europäischen Geschichte eingeläutet worden.

Mit Russlands Krieg gegen die Ukraine hat sich Gorbatschows Vision eines „gemeinsamen europäischen Hauses“ als ferner Traum entpuppt, wenn nicht gar als Trugbild erwiesen. Tatsächlich hat Russlands jüngstes militärisches Unterfangen gezeigt, dass der Zeitraum zwischen dem 9. November 1989 und dem 24. Februar 2022 als ein *Interregnum* betrachtet werden muss. Diese Feststellung impliziert, dass ein angespanntes, konfrontatives Verhältnis zwischen Moskau und Brüssel bzw. Washington der Normalzustand ist, und dass die letzten drei Jahrzehnte „guter Nachbarschaft“ eine Ausnahme bildeten.² Man könnte dies auch als eine deterministische Sichtweise des russischen Immobilismus abtun, doch leider bestätigt die russische Militärangriff in der Ukraine eine antiwestliche Grundhaltung, die für den Kalten Krieg so charakteristisch war.

Diese ernüchterte Sichtweise verlangt nach einer Erklärung: Warum konnten wir das Rad der Geschichte nicht drehen und die Ära der russisch-westlichen Zusammenarbeit nicht zur Ausnahme, sondern zur Norm machen? Dies erinnert an eine der zentralen historischen Fragen Russlands: *Kto vinovat?* [Wer ist schuld?] Um diese Fragen zu beantworten, konzentriert sich dieses Kapitel auf die geopolitische Dimension des Problems.

2. Die zermürbende Kraft der Geopolitik

Der russisch-ukrainische Konflikt hat sich nicht aus einem geostrategischen Vakuum entwickelt. Die Geografie und die bewegte Geschichte Europas haben Russland und die Ukraine zu einem festen Bestandteil

2 Da die Erweiterung der NATO eine wesentliche Rolle in der Argumentation dieses Kapitels spielt, wird der Begriff „der Westen“ hier verwendet, um die euro-atlantische Welt zu bezeichnen. Angesichts der russischen Tradition, die den Großmachtwettbewerb und die militärische Macht mehr betont als die Wirtschaftsmacht, halten wir dies für eine vertretbare Wahl. Dies bedeutet aber nicht, dass die EG/EU bei den Ereignissen, die wir in unserer Darstellung hervorgehoben haben, keine Rolle gespielt hat.

des Alten Kontinents gemacht. Deshalb fungierten die Westmächte sowie Russland seit den revolutionären Ereignissen von 1989–1991, der Beilegung des Kalten Kriegs und dem Zerfall der Sowjetunion, als genaue Beobachter, ja sogar als maßgebliche Akteure hinsichtlich des Schicksals Mittel- und Osteuropas im Allgemeinen und der Ukraine im Besonderen.

Der Prozess der NATO-Osterweiterung – beginnend mit der Wiedervereinigung Deutschlands im Jahr 1990 – ist ein deutliches Beispiel für diese geopolitische Konfiguration und kann derzeit, zusammen mit den revanchistischen Bestrebungen Russlands³, als einer der wichtigsten zugrunde liegenden Faktoren angesehen werden, die den russisch-ukrainischen Konflikt anheizen. Russland hält die Westorientierung der Ukraine für eine existenzielle Bedrohung; eine rote Linie, wenn nicht sogar für einen *Casus Belli*. Die militärische Gebärde und die Verhandlungsvorschläge des Kremls, bis hin zu den Ultimaten, die rechtliche Garantien gegen den Einfluss der NATO in der Ukraine fordern, sind unverkennbare Zeichen der kompromisslosen Haltung Russlands gegenüber den souveränen Sicherheitsentscheidungen der Ukraine. Die Antworten des Westens deuten auch nicht auf Beschwichtigung hin. Die NATO betrachtet die strategischen Entscheidungen souveräner Staaten und ihre territoriale Integrität als sakrosankt, und Russlands Einmischungsversuche in die Politik der offenen Tür der NATO gelten als unakzeptabel. Die NATO sieht sich als Verteidigungsbündnis, das keinerlei Bedrohung für Russland darstellt. Infolge der russischen Invasion hat die NATO ihre Strategie überarbeitet, um ihre Ostflanke zu stärken. Gleichzeitig haben Schweden und Finnland beantragt, Mitglieder der NATO zu werden, was angesichts des seit langem bestehenden neutralen Status beider Länder nicht weniger als eine Entwicklung historischer Tragweite genannt werden muss. Zudem steht die Europäische Union (EU) geschlossen hinter der Ukraine, indem sie massive finanzielle und wirtschaftliche Sanktionen verhängt, um Russland von der Weltgemeinschaft zu isolieren.

Demzufolge, statt den Zauberraum eines gemeinsamen europäischen Hauses – der vornehmlich im Westen geträumt wurde – zu leben, und den Michail Gorbatschow erst vor 33 Jahren in Straßburg treffend formulierte,⁴ hat sich Europa langsam, aber entschieden erneut auf eine gefährliche

3 Für die russischen Nationalisten sowie für Putin hat Russland u. a. wegen der „schwachen Hand“ Gorbatschows den Kalten Krieg verloren und ein gewisser Revanchismus keimt mit der wirtschaftlichen Stabilisierung Russlands am Anfang der Putin-Ära auf.

4 Gorbatschow, Michail: Europa als gemeinsames Haus, Rede vor dem Europarat, 6. Juli 1989.

Sackgasse zubewegt, mit der Ukraine im Mittelpunkt. Tiefes Misstrauen und die Verwendung wiederentdeckter Vorurteile, Metaphern und Instrumente/Strategien aus dem Kalten Krieg prägen das aktuelle Verhältnis zwischen Russland und dem Westen, da sich Narrative beider Seiten widersprechen, Wahrnehmungen gegensätzlich sind und strategische Interessen kollidieren.

3. NATO-Erweiterung: Ein komplizierter und umstrittener Prozess

Der Fall der Berliner Mauer – ein unvorhersehbares Ereignis in einem größeren Kontext sozialer Proteste und politischer Unruhen – hatte enorme Folgen.⁵ Eine davon war Gorbatschows Zustimmung zur Wiedervereinigung Deutschlands innerhalb der NATO im Sommer 1990. Angesichts des heftigen Widerstands innerhalb des sowjetischen Establishments bleibt Gorbatschows plötzliche Zustimmung rätselhaft.⁶ Was auch immer die Gründe für seine Entscheidung waren, er ging, wie sich später herausstellte, ein beträchtliches politisches Risiko ein. Und wie einige russische Reaktionen im Zusammenhang mit seinem Tod am 30. August 2022 zeigten, hat, seinerzeit, die „freizügige Haltung“ des sowjetischen Führers gegenüber dem Westen die sowjetische Elite sehr verärgert.⁷

Als Ergebnis der antikommunistischen Revolution erkannten József Antall, Vaclav Havel und Lech Walesa, die Führer der Dissidentenbewegungen in Ungarn, der Tschechoslowakei und Polen, die Fragilität ihrer Sicherheitslage, da in Mittel- und Osteuropa offensichtlich ein Sicherheitsvakuum entstand. Bald bildeten diese drei Staaten die sogenannte Visegrád-Gruppe, die sich um Sicherheitsgarantien vom Westen bemühte. Erst als klar wurde, dass sowohl die OSZE – zu schwach – als auch die Europäische Gemeinschaft (EG) – zu langsam – nicht in der Lage oder willens waren, die geforderte Sicherheitsgarantie zu geben, klopfen die Visegrád-Staaten

5 Sarotte, Mary Elsie: *The Collapse. The accidental opening of the Berlin Wall*. Basic Books: New York 2014.

6 Adomeit, Hannes: *Gorbachev's Consent to Unified Germany's Membership in NATO*. German Institute for International and Security Affairs (SWP), Working Paper, GF 5 2006/11, December 2006; Müller, Wolfgang: *The USSR and the Reunification of Germany, 1989–1990*. In: Müller, Wolfgang/Gehler, Michael/Suppan, Arnold (Hrsg.): *The revolutions of 1989: A Handbook*. ÖAW: Vienna, S. 312–353.

7 So kommentierte etwa Wladimir Solowjow, das Sprachrohr des Kremls im russischen Staatsfernsehen, am 31. August 2022: „In sechs Jahren hat er unsere Heimat zerstört und das ganze sozialistische Lager verraten.“

an die Tür der NATO. Wenn auch nicht abweisend, gab sich die NATO zunächst sehr zurückhaltend.

Während der Amtszeit von Bill Clinton (1993–2001) entwickelte sich der US-Präsident von einem widerwilligen Beobachter ohne klare Vision oder Strategie für die Zukunft der NATO zu einem überzeugten Befürworter der Erweiterung und Modernisierung der transatlantischen Organisation. Er war überzeugt, dass sich hier eine Gelegenheit bot, um ein neues Europa zu gestalten, das „frei, sicher und ungeteilt“ sein sollte. Er betrachtete die NATO – modernisiert und an das neue Sicherheitsumfeld angepasst – als das geeignete Vehikel zur Umsetzung dieser Politik. Dennoch sollte es bis zum Washingtoner Gipfeltreffen 1999 dauern, bis die Visegrád-Staaten – Polen, Ungarn, die Tschechische Republik und die Slowakei – offizielle NATO-Mitglieder wurden. Der Grund, weshalb dies so lange dauerte, war, dass die Debatte über die Erweiterung und Modernisierung der NATO „große und manchmal dramatische Kämpfe und Verhandlungen sowohl mit den Russen beinhaltete wie auch mit unseren europäischen Verbündeten, und auch innerhalb der USA, wo sie eine leidenschaftliche Debatte darüber entfachte, was die Alliance für die Welt nach dem Kalten Krieg war.“⁸

Die russische Sichtweise war von Anfang an in dieser Erweiterungsdebatte feindselig und ambivalent. Tatsächlich hatte das Verhältnis zwischen Russland und dem Westen in der anfänglichen Euphorie gute Aussichten. Trotz widriger wirtschaftlicher und sozialer Umstände in Russland schrieb Boris Jelzin im Dezember 1991 einen Brief, in dem er seinen Wunsch zum Ausdruck brachte, dass sich die NATO von einer „aggressiven Militärmaschine“ zu einem Bündnis friedlicher Nationen verwandeln möge, das auf gemeinsamen Werten basiert, und dass er unter diesen Umständen bereit war, auf politischem und militärischem Gebiet zusammenzuarbeiten. Informell schloss er nicht einmal die Mitgliedschaft Russlands in der NATO aus. Trotz dieser vielversprechenden Anfänge geistert noch immer das Feindbild der NATO unter Hardlinern in Moskau umher. Während eines Treffens mit NATO-Generalsekretär Manfred Wörner, am 10. Dezember 1991, erläuterte Jelzin beispielsweise die russische Ansicht, dass eine NATO-Mitgliedschaft osteuropäischer Länder für Moskau nicht akzeptabel sei.⁹

8 Asmus, Ronald D.: *Opening NATO's Door. How the Alliance Remade Itself For a New Era.* Columbia University Press: New York 2002, S. 19.

9 Menon, Rajan/Ruger, William: *NATO enlargement and US Grand Strategy. A net assessment.* In: *International Politics*, H. 57, 2020, S. 371–400.

Während seiner zweiten Amtszeit als Präsident (1997–2001) wurde die NATO-Erweiterung zu einem der wichtigsten Ziele Clintons. Leidenschaftliche Befürworter dieser Politik, wie Madeline Albright und Richard Holbrook, unterstützten ihn bei seinen Bemühungen. Dafür gibt es mehrere Gründe: Während seiner ersten Amtszeit als Präsident war es eines der Hauptziele Clintons, Jelzin und seine demokratischen und wirtschaftlichen Reformen zu stärken. Wie es jedoch die politischen Entwicklungen in Russland deutlich gemacht haben, darunter Jelzins Beschluss des russischen Parlaments im Jahr 1993 und der Erste Tschetschenienkrieg (1994–1996), war dies kein ausgesprochener Erfolg, da klar wurde, dass Russlands demokratische, soziale und wirtschaftliche Abwärtsspirale nicht mehr aufzuhalten war. Im Gegenteil, ausländische Einmischung verkomplizierte nur das bestehende Chaos und die Ungewissheit.¹⁰ Russlands Schicksal blieb weiterhin völlig unkalkulierbar.

Dies könnte Clintons Entscheidung beeinflusst haben, der NATO-Erweiterung höchste Priorität einzuräumen und gleichzeitig an einer „zweigleisigen“ Politik festzuhalten. Infolgedessen trieb er seine NATO-Erweiterungspolitik voran, während er versuchte, Russland mit mehreren Vorschlägen zu besänftigen, um das Land in der Nähe, aber außerhalb der westlichen Sicherheitsarchitektur zu halten. Beispiele dafür waren u. a. das Programm „Partnerschaft für den Frieden“, die Anpassung des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa (ursprünglich am 19. November 1990 unterzeichnet und 1999 aktualisiert) und das NATO-Russland-Stiftungsgesetz (Paris, 27. Mai 1997). Um nur ein paar Beispiele von Clintons Versuchen zu zitieren, Russland davon zu überzeugen, der NATO-Erweiterungspolitik zuzustimmen.¹¹

Die NATO-Russland-Gründungsakte brachte klar die Absicht der NATO zum Ausdruck, ihre Politik der offenen Tür, wie sie in Artikel 10 des NATO-Vertrags beschrieben ist, zu unterstützen. Wenn es also Zweifel an den Zusagen des Westens an Russland bezüglich der Osterweiterung des Bündnisses gab, ist das NATO-Russland-Stiftungsgesetz glasklar. Trotz Russlands Bekenntnis zur Gründungsakte blieb die Ambivalenz gegenüber der NATO-Erweiterung in der russischen Elite bestehen. Zuweilen zeigte sich Boris Jelzin, privat, kooperativ mit den westlichen Unterhändlern,

10 Kramer, Mark: *The Limits of US influence on Russian Economic Policy*, PON-ARS Policy Memo 173, Harvard University, November 2000.

11 Allison, Roy/Light, Margot/White, Stephen: *Putin's Russia and the Enlarged Europe*, Chatham House Papers. Blackwell Publishing: Oxford 2006, S. 1–13, 94–127; Ivanov, Igor: *Russia-NATO. On the History of the Current Crisis*, The Russian International Affairs Council (RIAC), 3. Februar 2022.

während er sich öffentlich hartnäckig gegen die NATO-Erweiterung aussprach. Die Zweideutigkeit und Widersprüchlichkeit des Präsidenten in dieser Frage kann als typisch für seine Präsidentschaft bezeichnet werden und hinterlässt die Russische Föderation in einem sozialen und wirtschaftlichen Debakel und das russische Militär in einer abgründigen Krise.

1999 übernahm Wladimir Putin in einem Kontext politischer Intrigen und sozialer Umwälzungen das Ruder der russischen Politik. Allen Widerigkeiten zum Trotz stellte der neue Kreml-Mann die Ordnung in den Staatsangelegenheiten und eine gewisse Berechenbarkeit für das russische Volk wieder her. Putins Popularität wuchs schnell, was zu einer soliden Basis öffentlicher Unterstützung führte. Nach den Zahlen des *Levada Centers* ist seine Zustimmungsrate seit dem Jahr 2000 nie unter sechzig Prozent gefallen.¹²

In Bezug auf die Frage der NATO-Mitgliedschaft ist ein Gespräch zwischen Lord Robertson und Putin aus dem Jahr 2000 erwähnenswert, da es einen wesentlichen Aspekt der russischen Mentalität offenbart, wenn nicht das Haupthindernis für den Aufbau einer integrativen europäischen Sicherheitsarchitektur mit Russland. Während dieses Gesprächs sagte Putin: „Wann werden Sie uns einladen, der NATO beizutreten?“, worauf Robertson antwortete: „Nun, wir laden die Leute nicht ein, der NATO beizutreten; sie bewerben sich um den Beitritt in die NATO.“ Putin antwortete: „Nun, wir reißen uns nicht an die Seite vieler Länder ein, die keine Rolle spielen.“¹³ Es ist genau diese Großmachthaltung und Geringschätzung kleiner Staaten, die die „kleinen Länder“ Mittel- und Osteuropas motiviert, sich um die NATO-Mitgliedschaft zu bewerben.

Im Kreml wuchsen mit der Zeit Irritation und Misstrauen gegenüber westlichen Sicherheitsinstitutionen. Putin setzte große Hoffnungen in seine ausgestreckte Hand gegen Westen. Doch mehrere Ereignisse werden sicherlich seine Verärgerung geschürt haben:

- Die Bombenangriffe der NATO auf die Bundesrepublik Jugoslawien während des Kosovo-Kriegs (1999);
- Der Austritt der USA aus dem Anti-Balistik-Missile-Vertrag von 1972 am 13. Juni 2002;
- Der 2002 begonnene US-Plan zum Aufbau eines NATO-Raketenabwehrsystems in Europa;

12 Yuri Levada Analytical Center: Putin's Approval Rating, Indicators.

13 Rankin, Jennifer: „Ex-NATO head says Putin wanted to join alliance early on in his rule“, *The Guardian*, 4. November 2021.

- Die Aufnahme Bulgariens, der baltischen Staaten, Rumäniens, der Slowakei und Sloweniens – der sogenannten Vilnius-Gruppe – als NATO-Mitglieder am 29. März 2004;
- Die Konzentration der US-Nahostpolitik auf die „Achse des Bösen“, die Fehlentscheidungen wie die Invasion des Irak (2003) und die Rivalität mit dem Iran zur Folge hatte;
- Die Unterstützung des Westens für die sogenannten Farbenrevolutionen. Dies sind Protestbewegungen, die gewaltlosen zivilen Ungehorsam einsetzen, um Regierungen zu stürzen, wie sie während der Rosenrevolution in Georgien (2003–2004), der Orangen Revolution in der Ukraine (2004) und der Tulpenrevolution in Kirgisistan (2005) beobachtet wurden. Moskau, offensichtlich unzufrieden mit diesem Phänomen des zivilen Protests, beschuldigte den Westen, diese Protestbewegungen anzuzetteln und sich damit in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten einzumischen. Tatsächlich betrachtet Russland seit 2012, als Putin während der „Schneeflockenrevolution“ den bedrohlichsten innenpolitischen Protest gegen sein Regime erlebte, die Unterstützung des Westens für sozialen und politischen Protest als nicht weniger als „Kriegshandlungen mit nichtmilitärischen Mitteln.“¹⁴ Man muss sich der Auswirkungen dieser Ansicht bewusst sein: Russland sieht sich im Krieg mit dem Westen.

Fühlte sich Putin vom Westen ignoriert, missverstanden, abgelehnt oder bedroht? Jedenfalls verlor er stetig sein Vertrauen in den Westen und infolgedessen hielt er am 10. Februar 2007 seine berühmte Münchener Rede, in der er sich weigerte, sich in „angenehmen, aber leeren diplomatischen Begriffen“ zu internationalen Sicherheitsfragen zu äußern.¹⁵ Im Sommer 2008 erging eine weitere Warnung an den Westen, als russische Truppen in Georgien einmarschierten, einem Land mit westlichen Ambitionen und einem übereifrigen Präsidenten.¹⁶ War es eine Reaktion auf den NATO-Gipfel in Bukarest im April 2008, auf dem eine zukünftige Mitgliedschaft der Ukraine und Georgiens ins Auge gefasst wurde?

14 Jonsson, Oscar: *The Russian Understanding of War. Blurring the Lines between War and Peace*. Georgetown University Press: Washington 2019.

15 Putin, Wladimir: *Speech and the Following Discussion at the Munich Conference on Security Policy*, Kreml, 10. Februar 2007.

16 Cornell, Svante E./Starr, S. Frederick: *The Guns of August 2008. Russia's War in Georgia*. Routledge: London 2009; Asmus, Ronald: *A Little War That Shook the World. Georgia, Russia, and the Future of the West*. New York: St. Martin's Press 2010.

In diesem Zusammenhang wurde Putins Politik selbstbewusster, wenn nicht ausgesprochen aggressiv. Es wurden z. B. „aktive Maßnahmen“ eingeleitet, cyber- und politische Operationen, die den Westen ins Visier nahmen und darauf abzielten, die Bruchlinien westlicher Gesellschaften auszunutzen, indem sie unsere Lebensweise als primäres Ziel anzugreifen suchten. Es wurden provokative Militärmanöver zu Wasser und in der Luft durchgeführt, um die Sicherheits- und Militärkräfte des Westens zu testen, einzuschüchtern und zu stören. Kurzum, Russland nutzt politische, diplomatische, wirtschaftliche und andere nichtmilitärische Maßnahmen in Kombination mit Militärgewalt, um die Schwächen des Westens auszunutzen und seine politischen Ziele zu verfolgen.

4. Die Ukraine als integraler Bestandteil der Sicherheitslandschaft Europas

Der russische Einmarsch in die Ukraine im Jahr 2022 war nicht der Beginn eines Konflikts zwischen benachbarten Staaten; er war nur die nächste Eskalationsstufe in einem latenten Konflikt, der mit der Unabhängigkeit der Ukraine begann. Tatsächlich hat der Kreml seit 1991 mehrere Fragen, die die Souveränität der Ukraine tangieren, instrumentalisiert und missbraucht, darunter das Schicksal der Schwarzmeerflotte, die Gaslieferungen, die Minderheitenrechte der ethnischen Russen in der Donbas-Region oder auf der Halbinsel Krim, die Orange Revolution von 2004 und die Maidan-Revolution 2013–2014, um Druck auf Kyjiw auszuüben. Seitdem hat Russland verschiedene Strategien angewandt, um die Unabhängigkeit und Souveränität der Ukraine einzuschränken, indem es nichtmilitärische Methoden wie Informations- und Energiekrieg sowie politische Infiltration und Intrigen einsetzt. Mit zunehmendem Druck aus Moskau wurde die Westorientierung Kyjiws, die sich in ihrem Streben nach einer Mitgliedschaft in den westlichen Bündnissen ausdrückte, allmählich deutlicher. Als solches ist Europa und damit auch die westliche Welt in den ukrainisch-russischen Konflikt verwickelt. Auch ein Kompromissvorschlag, den Konflikt zwischen Russland und dem Westen zu entschärfen und der Ukraine einen neutralen Status zu verleihen, kann an dieser Realität nichts ändern.

2014 begann die nächste Eskalationsstufe im Krieg zwischen Russland und der Ukraine, als der Kreml beschloss, die Krim zu annektieren und Teile des Donbas durch Stellvertreter zu kontrollieren. Während das militärische Engagement Russlands in den ersten acht Kriegsjahren etwas begrenzt war, bedeutet Russlands umfassende Militärintervention im Jahr 2022, die auf einen Regimewechsel und die Annexion abzielt, den extremsten und somit risikvollsten Schritt von Russlands Einmischung in der Ukrai-

ne. Das Ausmaß der materiellen Zerstörung, die Tausenden von Toten und Verwundeten und die Millionen von Flüchtlingen sind brutale, ja traurige Zeugnisse des kriminellen Militärfeldzugs Russlands. Damit steigt täglich der moralische Druck auf Europa und die westliche Welt, sich in diesen Krieg einzumischen.

5. Fazit

Neben einer humanitären Katastrophe ist Krieg ein hochemotionales Ereignis, das tiefe Spuren in der öffentlichen Debatte hinterlässt, da es den westlichen Staaten weitreichende Entscheidungen abverlangt und starke Positionen aufzwingt. Als Folge des Kriegs an Europas Ostflanke bildeten sich zwei extreme Lager, wie es in der deutschen und europäischen Presse zum Ausdruck kommt. Auf der einen Seite gibt es diejenigen, die behaupten, dass der Krieg in der Ukraine nicht „unser Krieg“ sei und dass daher die Unterstützung für die Kriegsanstrengungen der Ukraine begrenzt werden sollte. Auf der anderen Seite gibt es diejenigen, die behaupten, es gehe im Ukraine-Krieg nicht nur um die Ukraine. Es gehe dabei um ganz Europa, denn, wenn der Kreml in Kyjiw nicht gestoppt werde, wird er bald andere Länder in Ost- und Mitteleuropa bedrohen.

Euphorie ist sehr selten ein solider strategischer Berater, und die Gesetze der Geopolitik sind unerbittlich. Daher befürchten wir, dass diese Diskussion obsolet ist. Der Ursprung der Debatte lag im Jahr 1991, als Euphorie herrschte und im Westen Selbstvertrauen reichlich vorhanden war. Die Sicherheitsfrage mittel- und osteuropäischer Staaten, und damit auch die der Ukraine, wurde bereits mit dem Ende des Kalten Kriegs und ihrer damit einhergehenden Emanzipation deutlich dargestellt. Es bleibt die Frage, ob die westeuropäischen Länder jetzt mit den Entscheidungen konfrontiert werden, die sie damals trafen oder nicht getroffen haben. Haben die westeuropäischen Länder seitdem die Verantwortung für ihre Entscheidungen übernommen?

Über diese Fragen müssen wir gründlich nachdenken. Klar ist, dass man den aktuellen Ukraine-Krieg als Ergebnis einer geopolitischen Rivalität zwischen Russland und dem Westen betrachten kann. Doch lassen wir keine Missverständnisse aufkommen: Das vom Kreml verursachte menschliche Elend ist Moskau anzulasten, das seine Vergangenheit nicht aufarbeiten und sich nicht vom Großmachttraum oder dem Wesen der russischen Staatsmacht [*derzhava*] lösen kann. Die russische Elite, die immer noch in ihren eigenen Fantasien und nostalgischen Träumen schwelgt, erträgt nicht das ungeschminkte Antlitz der Realität. Dabei werden die Rechte der

einzelnen Bürger nicht garantiert, geschweige denn die Souveränität „kleiner Staaten“. Und das hat die letzten dreißig Jahre zu einem *Interregnum* gemacht, und nicht zu einem Zeitalter grundlegender Veränderungen. Vielleicht ist dies die traurige Erkenntnis des schrecklichen Kriegs, den einige zur ersten Schlacht des Dritten Weltkriegs erklärt haben.¹⁷

Literaturverzeichnis

- Adomeit, Hannes: Gorbachev's Consent to Unified Germany's Membership in NATO, German Institute for International and Security Affairs (SWP), Working Paper, GF 5 2006/11, December 2006.
- Allison, Roy/Margot Light/Stephen White: Putin's Russia and the Enlarged Europe, Chatham House Papers. Blackwell Publishing: Oxford 2006.
- Asmus, Ronald D.: A Little War That Shook the World: Georgia, Russia, and the Future of the West. St. Martin's Press: New York 2010.
- Asmus, Ronald D.: Opening NATO's Door: How the Alliance Remade Itself for a New Era. Columbia University Press: New York 2002.
- Cornell, Svante E./Starr, S. Frederick: The Guns of August 2008: Russia's War in Georgia. Routledge: London 2009.
- Felshtinsky, Yuri/Michael Stanchev: Blowing Up Ukraine: The Return of Russian Terror and the Threat of World War III. Gibson Square: London 2022.
- Gorbatschow, Michail: Europa als gemeinsames Haus, Rede vor dem Europarat, 6. Juli 1989, https://www.rosalux.de/fileadmin/images/Dossiers/30_Jahre_89/Chronik_Wende/ND-1989-07-07.pdf, 24.11.2022.
- Ivanov, Igor: Russia-NATO: On the History of the Current Crisis, The Russian International Affairs Council (RIAC), 3. Februar 2022, <https://russiancouncil.ru/en/analytics-and-comments/analytics/russia-nato-on-the-history-of-the-current-crisis/>, 12.08.2022.
- Jonsson, Oscar: The Russian Understanding of War. Blurring the Lines between War and Peace. Georgetown University Press: Washington 2019.
- Kramer, Mark: The Limits of US influence on Russian Economic Policy, PONARS Policy Memo 173, Harvard University, November 2000, https://www.ponarseurasia.org/wp-content/uploads/attachments/pm_0173.pdf, 12.08.2022.
- Menon, Rajan/Ruger, William: NATO enlargement and US Grand Strategy: a net assessment. In: International Politics, H. 57, 2020, S. 371–400.
- Müller, Wolfgang: The USSR and the Reunification of Germany, 1989–90. In: Müller, Wolfgang/Gehler, Michael/Suppan, Arnold (Hrsg.): The revolutions of 1989. A Handbook. ÖAW: Vienna, S. 312–353.

17 Felshtinsky, Yuri/Stanchev, Michael: Blowing Up Ukraine: The Return of Russian Terror and the Threat of World War III. London: Gibson Square 2022, S. 13–18.

- Putin, Wladimir: Speech and the Following Discussion at the Munich Conference on Security Policy, Kremlin, 10. Februar 2007, <http://en.kremlin.ru/events/president/transcripts/24034>, 24.11.2022.
- Rankin, Jennifer: „Ex-NATO head says Putin wanted to join alliance early on in his rule“, *The Guardian*, 4. November 2021, <https://www.theguardian.com/world/2021/nov/04/ex-nato-head-says-putin-wanted-to-join-alliance-early-on-in-his-rule>, 12.08.2022.
- Sarotte, Mary Elise: *The Collapse. The Accidental Opening of the Berlin Wall*. Basic Books: Oxford 2014.
- Yuri Levada Analytical Center: Putin’s Approval Rating. Indicators, <https://www.levada.ru/en/ratings/>, 12.08.2022.